

Herrn Bundespräsident Guy Parmelin, Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga,
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Herrn Bundesrat Ignazio Cassis,
Herrn Bundesrat Alain Berset, Herrn Bundesrat Ueli Maurer,
Frau Bundesrätin Viola Amherd

Zürich, 02.09.2021

LEBEN UND DAS RECHT AUF BILDUNG IN AFGHANISTAN SCHÜTZEN

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates

In Afghanistan sind viele Menschen an Leib und Leben bedroht, unzählige Afghan:innen werden ihrer Zukunft beraubt. Als Gewerkschafter:innen des Schweizerischen Verband des Personals öffentlicher Dienste VPOD bitten wir Sie, alles zu tun, um die Afghan:innen zu schützen, die von dem autoritären und fundamentalistischen Regime der Taliban bedroht sind. In Gefahr sind besonders Frauen und Mädchen, deren Grundrechte nicht mehr sichergestellt sind. Auch Gewerkschafter:innen, die sich für das Recht auf Bildung und auf freie Meinungsäusserung engagiert haben, geraten ins Visier der Taliban.

Die VPOD-Verbandskommissionen Bildung, Erziehung, Wissenschaft sowie Migration sind angesichts des Ausmasses an Leid und Verzweiflung in Afghanistan tief besorgt. In vielen von den Taliban kontrollierten Regionen dürfen Frauen nicht mehr unterrichten, sind Mädchen vom Schulbesuch ausgeschlossen. Bereits in den letzten Jahren gab es viele Übergriffe auf Schulen und Lehrpersonen, in 25 Fällen wurden Beschäftigte im Bildungsbereich verletzt und entführt. Wir bitten den Bundesrat daher auch darum, Studierende und Wissenschaftler:innen aus Afghanistan die Fortsetzung ihres Studiums und ihrer Arbeit in der Schweiz zu ermöglichen.

Bitte ermöglichen Sie es, dass allen Menschen unbürokratisch geholfen wird, die vor Unterdrückung und Verfolgung aus Afghanistan fliehen und dass ihnen Schutz gewährt wird.

Alle bereits hier lebenden Afghaninnen und Afghanen brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus und eine sichere Perspektive. Ihre noch im Krisengebiet lebenden Familienmitglieder gilt es zu retten und über erleichterten Familiennachzug in die Schweiz zu holen.

Wir sind der Ansicht, dass allen Afghan:innen der Zugang zu einem fairen Asylverfahren offenstehen muss. Dies kann in der derzeitigen Lage nur bedeuten, dass afghanischen Geflüchteten Asyl gewährt wird. Die schon laufenden 800 Asylverfahren afghanischer Bürger:innen müssen beschleunigt, bereits negative Bescheide nochmals überprüft werden.

Insbesondere für Frauen und Mädchen hat sich mit der Machtübernahme der Taliban die Situation so grundlegend verändert, dass ihnen Asyl gewährt werden muss – dies auch, wenn ihr Verfahren bereits mit einem anderen Entscheid abgeschlossen ist.

Dass die Schweiz inzwischen auf Ausschaffungen nach Afghanistan verzichtet, ist ein wichtiger Schritt. Dies reicht jedoch nicht. Um Kettenabschiebungen zu vermeiden, müssen auch die Rückführungen von Afghan:innen in andere europäische Staaten (gemäss des Dublin-Abkommens) ausgesetzt werden, da einige dieser Staaten die Rückschaffungen nach Afghanistan noch nicht gestoppt haben.

Ein Minimum an Hilfeleistung wäre unserer Ansicht nach die Aufnahme von 10 000 Geflüchteten mittels humanitärer Visa oder spezieller Aufnahmeprogramme.

Doch Hilfe gilt es auch vor Ort zu leisten, die Schweiz muss einen wesentlichen Beitrag bei der Unterstützung der Nachbarländer Afghanistans leisten. Diese brauchen finanzielle, technische und personelle Ressourcen, um die humanitären Bedürfnisse der afghanischen Geflüchteten sicherzustellen.

Für die Hilfe in Afghanistan selbst, möchten wir Sie dazu aufrufen,

- in Kooperation mit anderen Regierungen und internationalen Organisationen Ihr Möglichstes zu tun, damit Bildungseinrichtungen auch in Konfliktzeiten geschützt und Schulen als sichere Zufluchtsorte respektiert werden;
- internationale humanitäre Bemühungen und Bildungsinitiativen zu unterstützen, eigene Programme zu lancieren und die nötigen finanziellen Mittel zu sprechen, um die dringende Hilfe zu gewährleisten.

Die Schweiz kann mehr tun, um zu helfen. Bitte nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr!

Mit besten Grüssen,

Katrin Meier

Präsidentin der VPOD-Verbandskommission Bildung Erziehung Wissenschaft

Nina Vladovic

Präsidentin der VPOD-Verbandskommission Migration